Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 9 (1989)
Heft: [2]: Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital

Artikel: Die Auslandverschuldung Zentralamerikas
Autor: Vargas, Oscar-René
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652651

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sammenlebens. Der IWF behauptet, der Hüter des Finanzsystems zu sein, während er nur der Repräsentant einer Minderheit – die allerdings die Macht hat – in der Weltfinanz ist.

* Es handelt sich um Thesen, die F.J.Hinkelammert auf dem Internationalen Gegenkongress am 23./24.9.1988 in West-Berlin vorgetragen hat. Zu den Ausführungen der Argumente, die hier thesenhaft zusammengefasst sind, siehe jetzt: Der Schuldenautomatismus. Wirtschaftspolitische und wirtschaftstheoretische Zugänge zur Verschuldung Lateinamerikas. In: „... in euren Häusern liegt das geraubte Gut der Armen". Ökonomisch-theologische Beiträge zur Verschuldungskrise von K.Füssel, F.J.Hinkelammert, M.Mugglin, R.Vidales. Exodus Verlag, Fribourg/Brig 1989.

Oscar-René Vargas

Die Auslandverschuldung Zentralamerikas *

In den 80er Jahren brach die krisenhafte Verschuldung der Dritten Welt und Lateinamerikas voll auf. Die zentralen kapitalistischen Länder begannen die Schulden einzustreichen, die sich seit den 50er Jahren angehäuft hatten. Damit wurden jegliche Entwicklungsperspektiven für die Dritte Welt zurückgestellt und die einzelnen Länder erneut in einfache Ausbeutungsobjekte zugunsten der zentralen kapitalistischen Länder zurückversetzt.

Das Schuldenproblem setzt nicht erst in den 70er Jahren ein, sondern bereits in den 50er. Um 1950 entsprach die Auslandverschuldung Lateinamerikas ungefähr einem Drittel seiner Warenausfuhren. 1960 betrug die Auslandschuld das 1,34-fache der Ausfuhren, und 1984 war sie bereits auf das 3,5-fache angestiegen. Seit 1982 nun fordern die kapitalistischen Länder die Bezahlung der Schulden, und Lateinamerika begann mittels positiver Handelsbilanzen, Überschüsse in die zentralen kapitalistischen Länder zu überweisen. Zwischen 1982 und 1986 betrug die Schuldenrückzahlung etwa 110 Milliarden Dollar. Trotz dieses gigantischen Transfers nahm die Verschuldung im gleichen Zeitraum von 288 auf 382 Milliarden Dollar zu. Was bedeutet dies?

Der Marshall-Plan für Europa von 1948 – 1951 umfasste damals 14 Milliarden Dollar, was heute ungefähr 70 – 80 Milliarden Dollar entsprechen würde. Das heisst also, dass zwischen 1982 und 1986 Lateinamerika Überschüsse im Werte von eineinhalb Marshall-Plänen in die zentralen kapitalistischen Länder transferierte. Oder anders gesagt, alle drei Jahre finanziert Lateinamerika diesen Ländern einen vollen Marshall- Plan.

Obwohl Lateinamerika 110 Milliarden Dollar bezahlt hat, nahm die Auslandverschuldung um 94 Milliarden Dollar zu. Somit konnte nicht einmal die

Schuldenzunahme gebremst werden; Schuldenzunahme und Schuldenzahlung erreichten ungefähr die gleiche Höhe. Lateinamerika bezahlte nur etwa die Hälfte dessen, was zu zahlen gewesen wäre. Die Schulden nahmen zwischen 1982 und 1986 um 33 Prozent zu, das heisst jährlich um mehr als 5 Prozent. Wenn man von einem durchschnittlichen Zinssatz von 10 Prozent für alle Schulden ausgeht, so bedeutet das, dass die Hälfte der Zinsen bezahlt werden konnte, während die andere Hälfte durch neue Kredite finanziert werden musste. Daraus resultiert die Schuldenzunahme von rund 5 Prozent.

Die Verschuldung erscheint als Automatismus, der die realen Verhältnisse der Kreditpolitik des Bankensystems verschleiert. Heute nimmt die Verschuldung von Lateinamerika nicht als Folge der bereits erteilten Bankkredite zu. Die Verhältnisse sind umgekehrt: Die internationalen Banken erteilen Kredite, weil die Schulden zunehmen. Würden sie sich weigern, mehr Kredite zu sprechen, so würden die Schulden gleichwohl zunehmen. Die Banken haben darauf keinen Einfluss. Werden keine Kredite gesprochen, so nehmen die Schulden ganz direkt durch die Kapitalisierung der nicht zahlbaren Zinsen zu. Erteilen sie neue Kredite, so heisst das einzig, dass die nichtzahlbaren Zinsen auf eine andere Art kapitalisiert werden.

Die Auslandverschuldung Zentralamerikas

Die Situation Zentralamerikas ist noch dramatischer. Während es Lateinamerika gelang, wenigstens die Hälfte der geschuldeten Zinsen zurückzuzahlen, konnte Zentralamerika überhaupt nichts zurückzahlen. Seit 1973 bis heute weist Zentralamerika eine negative Handelsbilanz aus. Seine Auslandverschuldung beträgt heute rund 20 Milliarden Dollar, und mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 5 – 6 Prozent müsste es heute jährlich rund 900 Millionen Dollar Zinsen bezahlen. Im Gegensatz dazu nimmt jedoch die Verschuldung wegen der negativen Handelsbilanz jährlich um 9 Prozent zu, das heisst real um rund 1,5 Milliarden Dollar.

Die Zinsen und der Negativsaldo der Handelsbilanz können nur über zusätzliche ausländische Kredite finanziert werden. Würde Zentralamerika nicht zahlreiche Hilfe geschenkt bekommen, so würde die Verschuldung jährlich um 12 Prozent zunehmen. 1984 erreichten die privaten und staatlichen Schenkungen 500 Millionen Dollar und das Handelsbilanzdefizit rund 1,114 Milliarden Dollar. Das heisst, die Hälfte des Defizites wurde durch Schenkungen bezahlt. Demgegenüber stagniert die Güterausfuhr seit mehr als einem Jahrzehnt, ohne dass sich eine Verbesserung abzeichnen würde.

Verallgemeinernd können wir folgendes festhalten: Seit 1982, als die zentralen kapitalistischen Länder die Begleichung der Schulden forderten, konnte Lateinamerika nicht einmal die vollen Zinsen bezahlen, obwohl der Bevölkerung grosse Opfer auferlegt und jegliche Entwicklungsperspektiven aufgegeben wurden. Lateinamerika konnte die Hälfte der Zinsen bezahlen, Zentralamerika nicht einmal einen Teil davon. Die ausserordentlichen Anstrengungen, der Verschuldung beizukommen, konnten nicht einmal die ständige Zunahme der Schulden verhindern, die für Lateinamerika jährlich

ungefähr 5 Prozent beträgt und für Zentralamerika rund 9 Prozent.

In Lateinamerika nimmt die Auslandschuld seit 1982 einzig aufgrund des Verschuldungsautomatismus (Umlegen nicht bezahlter Zinsen auf die Schulden) zu, während in Zentralamerika zu diesem Verschuldungsautomatismus eine zusätzliche Verschuldung aufgrund der negativen Handelsbilanz dazukommt. Letztere erklärt sich zum einen aus politischen Ursachen, zum andern aus strukturellen Gründen der zentralamerikanischen Ökonomien. Damit nimmt die Verschuldung in Zentralamerika prozentual stärker zu, als im übrigen Lateinamerika.

Die strukturelle Anpassung der Wirtschaft und der Transfer des Überschusses

Nach 1982 begann man seitens des IWF und der Weltbank von der Notwendigkeit einer strukturellen Anpassung der Wirtschaft in Lateinamerika zu sprechen. Tatsächlich implizierte die Entscheidung der Banken, die lateinamerikanischen Schulden einzuziehen, eine grundlegende Veränderung der gesamten ökonomischen Strukturen des Kontinentes. Bis dahin dienten die neuen Kredite dazu, die alten zu decken. Nach 1982 wurde die Bezahlung in bar gefordert. Aber innerhalb der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen, die sich in den 50er und 60er Jahren herausgebildet hatten, gab es keine Rückzahlungsmöglichkeiten. Um zahlen zu können, mussten die Strukturen verändert werden. Und das war der Moment, als auch IWF und Weltbank von einem notwendigen Strukturwandel zu sprechen begannen.

Bis dahin hatte nur die Linke des Kontinentes von „Strukturwandel" gesprochen. Sie verstand darunter einen, in bezug auf die ökonomische und soziale Entwicklung des Kontinentes, notwendigen Wandel. Die Strukturen mussten verändert werden, um die künftige Entwicklung des Kontinentes zu sichern.

Die erwähnten Finanzorganisationen übernahmen den Ausdruck „Strukturwandel", aber sie veränderten radikal seinen Inhalt. In ihrer Interpretation dieses Wandels ging es darum, die Zielsetzung einer Entwicklung des Kontinentes zugunsten einer Radikalisierung des Kapitalismus zurückzunehmen, um den Kapitalismus, der aus den 50er und 60er Jahren hervorgegangen war, durch einen brutalen, antisozialen Kapitalismus zu ersetzen. Tatsächlich hat diese Radikalisierung des Kapitalismus bereits in den 70er Jahren begonnen, ganz speziell in den Militärdiktaturen von Chile, Argentinien und Uruguay. Diese Politik der „strukturellen Anpassung", diese totale Marktwirtschaft, will die Ökonomien Lateinamerikas dahingehend verändern, dass sie den Transfer eines maximalisierten Überschusses in die zentralen kapitalistischen Länder als Besitzer der lateinamerikanischen Auslandschulden ermöglichen. Mit diesen transferierten Überschüssen konnten teilweise die Wirtschaftskrisen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten amortisiert werden.

„Strukturelle Anpassung" bedeutet demnach: Veränderung von Lateinamerika im Dienste eines extremen Kapitalismus, dem es einzig darum geht,

ein Maximum von Überschüssen in die Zentren zu transferieren. Diese Politik der Maximierung der Überschüsse weist einige grundlegenden Merkmale auf, die sich in allen Programmen der „strukturellen Anpassung" in Lateinamerika finden lassen:

1. Konzentration der ökonomischen Aufgaben des Staates auf die Realisierung der strukturellen Anpassung, und damit Sicherung des Transfers der maximalisierten Überschüsse in die zentralen kapitalistischen Länder.
2. Substituierung von Subventionen mit sozialer Zielrichtung durch Subventionen ans Finanzsystem.
3. Erhöhung der Exporte als Hauptzielsetzung jeglicher wirtschaftlicher Tätigkeit.
4. Politik der Begrenzung der Entwicklung des internen, nationalen Marktes zugunsten einer Liberalisierung aller externen Märkte.
5. Privatisierung möglichst aller wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des Staates, speziell im Erziehungs- und Gesundheitsbereich.
6. Schwächung der sozialen Funktionen des Staates, eingeschlossen seine Aufgaben bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung.
7. Zunahme der repressiven Funktionen des Staates oder para-staatlicher Organismen.
8. Schwächung oder Zerstörung von Organisationen des Volkes und Denunziation ihrer Aktivitäten.
9. Politik der Begünstigung für das Auslandkapital zur Beteiligung an allen wirtschaftlichen Aktivitäten.

Bei dieser Politik der „strukturellen Anpassung" liegt das Interesse nicht bei irgendwelchem Überschuss, der in Lateinamerika produziert wird. Von Interesse ist nur jener Überschuss, der als Devisen in die Zentren transferiert werden kann. Demnach können alle produzierten Überschüsse, die nicht transferierbar sind, zerstört werden. Dies erklärt, dass nur jene Überschüsse, die auch tatsächlich in den Handelsbilanzen der lateinamerikanischen Länder erscheinen, in diesem System von Interesse sind. Um den Überschuss-Transfer in die Länder des Zentrums zu maximieren, muss deshalb der Saldo der Handelsbilanzen maximiert werden. In diesem politischen System der „strukturellen Anpassung" dreht sich die ganze Wirtschaftspolitik um den Saldo der Handelsbilanzen. Was diesen Saldo erhöht, ist gut, was ihn verringert, ist schlecht. Das ist das Prinzip der Politik der „strukturellen Anpassung".

Welche Bedeutung hat nun die Auslandschuld im Hinblick auf eine politische Lösung der Konflikte in Zentralamerika, bzw. wie benützen die zentralen kapitalistischen Länder die Schuldenkrise als politisches Druckmittel? 80 Prozent der Schulden sind an die USA zu zahlen, davon müssen 65 Prozent an private US-Banken geleistet werden. Diese Zahlen zeigen die politökonomische Macht der USA in Zentralamerika auf und deren entsprechende Erpressungsmöglichkeiten.

Keine Regierung in Zentralamerika kann ihre Auslandschulden begleichen, und diese werden auch von keiner bezahlt, unabhängig von deren politischer Ausrichtung. Deshalb fordern verschiedene politische Organisatio-

nen und Gruppierungen aller Länder ein Schuldenmoratorium. Dies ist sicher keine definitive Lösung, würde jedoch den USA ihr wirksamstes politisches Erpressungsmittel unschädlich machen. Andererseits bleiben bei der in West-Berlin propagierten Lösung, mit jedem Land einzeln zu verhandeln, die politischen Druckmittel aller zentralen kapitalistischen Staaten intakt. Sie legalisieren u.a. die schon bestehenden US-Pressionen in Zentralamerika. Den „Lieben" wird die Schuld (teilweise) erlassen, die „Bösen" müssen zahlen.

Lateinamerikanische Vorschläge zur Schuldenlösung

– Der Vorschlag von Alain Garcia (Peru, 1985):

Nur 10 Prozent der Exporterlöse sollen für den Schuldendienst aufgewendet werden. Dieser konkrete Vorschlag konnte von Peru nicht eingehalten werden. 1988 bezahlte Peru bereits wieder 30 Prozent der Exporterlöse für den Schuldendienst und will jetzt auch wieder mit dem IWF zusammenarbeiten. Diese Differenz zwischen Theorie und Praxis der peruanischen Regierung hat auch dazu beigetragen, dass der Vorschlag von keinem anderen Land aufgenommen wurde und als klar gescheitert gilt.

– Vorschlag der Gruppe der 8 (Cartagena, 1985):

Argentinien, Uruguay, Brasilien, Peru, Kolumbien, Venezuela, Panama und Mexico (Contadora und Unterstützungsgruppe) einigten sich an ihrer Aussenministersitzung 1985 in Cartagena auf folgende Punkte:

a. Zinsreduktion: Die Trikontländer leiden unter den hohen, von den USA stark mitbestimmten internationalen Zinssätzen.

b. Neue Kredite nach Lateinamerika: Seit 1982 ist Lateinamerika ein Nettokapitalexporteur, d h. es fliesst mehr Geld in Form von Zinsen und Rückzahlungen in den Norden, als von dort neue Kredite zurückfliessen.

c. Umschuldung der bestehenden (meist kurzfristigen) in langfristige Schulden.

Dieser Vorschlag geht davon aus, dass ohne wirtschaftliche Entwicklung keine Rückzahlung der Schulden möglich ist. Implizit wurde in Cartagena auch ein Schuldnerkartell angedeutet. Auf einer weiteren Sitzung der Präsidenten der „Gruppe der 8" in Acapulco im Jahre 1987 wurde ein Schuldnerkartell dann abgelehnt, und die Länder verhandelten weiterhin einzeln mit dem IWF und den Banken. Die „Gruppe der 8" begann sich damit aufzulösen.

– Vorschlag von Fidel Castro (Kuba, 1985):

Die Wirtschaftskrise in den Industrieländern nach der Erhöhung der Erdölpreise 1973 hat zu einer grossen Expansion des kapitalistischen Weltmarktes in den Trikont geführt. Diese ging mit einer ständigen Verschlechterung der Austauschverhältnisse (terms of trade) für die Trikontländer einher. Die protektionistischen Massnahmen der Industrieländer verhindern oft noch reale Exportchancen dieser Länder. Unter diesen Bedingungen sind die Schulden heute nicht mehr rückzahlbar. Deshalb die Forderung nach einer Einstellung des Schuldendienstes.

Keiner dieser drei Vorschläge konnte bisher auch nur annähernd verwirklicht werden, Brasilien hat nach seinem Moratorium wieder mit dem IWF Verhandlungen aufgenommen. Mexico versucht sich als „Musterknabe" unter den Schuldnerländern zu profilieren. (Als Belohnung wurden kleinere Risikozuschläge über dem allgemeinen Zinssatz gewährt). Peru hat sich dem Diktat des IWF und der Privatbanken beugen müssen. Die Situation der Schuldnerländer hat sich seit Ausbruch der Krise 1982 verschlechtert, während sich die Position der Gläubigerbanken v.a. wegen massiver Rückstellungen auf Dritt-Welt-Kredite wesentlich verbessert hat.
(Vgl. die genaueren Ausführungen zu den Entschuldungsstrategien in: Dieter Boris (Hg.), Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie. Köln 1987)

* Die Übersetzung des Referatstextes von Oscar-René Vargas, vorgetragen auf dem Schulden-Kongress in Zürich 1988, besorgte Urs Sekinger.

Interview mit Angel Pillco *

IWF und gewerkschaftlicher Kampf in Bolivien

S. Aebi: Welche Organisation vertrittst du?
A. Pillco: Ich bin Mitglied des nationalen Exekutivkomitees des einzigen Gewerkschaftsbundes der landwirtschaftlichen Arbeiter Boliviens. Wir wurden am letzten Kongress von Potosi im Juli 88 gewählt, wo alle Nationalitäten unseres Landes durch ihre demokratisch gewählten Abgeordneten vertreten waren. Als gewerkschaftliche Organisation sind wir der „Central Obrera Boliviana" angeschlossen.
Sind alle bolivianischen Gewerkschaften der „Central Obrera Boliviana" angeschlossen?
Die COB konstituiert sich durch die Gewerkschaften, welche die organisierten Sektoren der Arbeiter- und Bauernklasse vertreten, wie z.B. die Minen- und Fabrikarbeiter, die Techniker (constructores), Studenten, Intellektuelle und andere organisierte Sektoren des Landes.
Zuerst möchte ich dich fragen, welche Haltung die bolivianische Regierung gegenüber dem IWF und der Weltbank einnimmt?
Also, die Regierung ist ein treuer Repräsentant des nordamerikanischen Imperialismus. Deshalb gehorcht sie den Diktaten von IWF und Weltbank. Was die US-Regierung betrifft, so besitzt diese einen grossen Teil der Aktien des Fonds und bestimmt so die Wirtschaftspolitik des Landes durch US-Berater und in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsministern der jetzigen Regierung Boliviens, einer Allianz zwischen dem „Movimiento Nacionalista